

Antisemitismus und Israelfeindlichkeit im Linksextremismus. Eine Analyse anhand der Entwicklung in Deutschland von 1967 bis heute

Armin Pfahl-Traugher

Einleitung und Fragestellung

Nach dem brutalen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, der in einem Massaker an 1.200 Menschen endete, kam es in vielen Ländern zu größeren Protestveranstaltungen. Sie richteten sich aber nur zu geringen Anteilen gegen die Hamas, sondern mehrheitlich gegen die von Israel erwarteten Reaktionen. Dabei wurde etwa von einem bevorstehenden „Genozid“ an den Palästinensern gesprochen, „Kindermörder Israel“ als Parole ausgegeben und gegenüber dem israelischen Staat dessen Vernichtung beschworen. Nichts anderes meint auch der bei einschlägigen Demonstrationen immer wieder zu hörende Ruf: „Free Palestine – from the river to the sea“. Denn eine solche Aussage bezieht sich auf das israelische Gebiet, das dann nach entsprechenden Gewalthandlungen durch einen palästinensischen Staat ersetzt werden soll. Demnach hätten auch die dort lebenden Juden keinen staatlichen Schutz mehr. Die erwähnte Forderung liefe also auf antisemitische Konsequenzen hinaus, richtet sie sich doch gegen die israelischen Juden in einem benachteiligenden Sinne. Zumindest unterschwellig prägt diese Auffassung die „pro-palästinensischen“ Proteste.

An ihnen beteiligten sich insbesondere arabischstämmige Demonstranten sowohl islamistischer wie nationalistischer Prägung, aber auch antiimperialistische deutsche Linksextremisten aus unterschiedlichen organisatorischen Zusammenhängen. Zu dieser Beobachtung stellt sich die Frage, inwieweit hier von einem Antisemitismus unter Linksextremisten gesprochen werden kann. Deren Anhänger weisen entsprechende Einordnungen empört zurück. Nach ihren Aussagen würden sie lediglich gegen die imperialistische Politik des israelischen Staates demonstrieren. Außerdem habe man es hier mit einer Auffassung von internationaler Solidarität zu tun. Antisemitismus-Behauptungen dienten lediglich dazu, entsprechende „Israel-Kritik“ zu diffamieren. Derartige Bekundungen von Linksextremisten sind nicht neu, kann man sie doch seit Ende der 1960er Jahre ausmachen.

Dazu stellt sich dann folgende Frage: Wie verhielt es sich mit Antisemitismus und Israelfeindlichkeit im deutschen Linksextremismus ab dieser Zeit? Antworten darauf sollen die folgenden Ausführungen kursorisch und problemorientiert liefern.

Damit deuten sich schon gewisse Einschränkungen für die vorliegende Erörterung an, welche keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann und will. Um präventiv einigen diesbezüglichen Einwänden zu begegnen, seien dazu bereits hier relevante Klarstellungen vorgenommen: Es geht nicht um Antisemitismus in einem allgemeinen Sinne, sondern primär bezogen auf die israelfeindliche Form der Judenfeindschaft. Eine breiter angelegte Analyse müsste auch stärker andere Antisemitismus-Varianten einbeziehen, bilden diese doch häufig die inhaltliche Basis für eine judenfeindliche Israelfeindlichkeit. Für derart angelegte Erörterungen fehlt aber der nötige Raum, kann es dazu doch hier nur Andeutungen und Hinweise geben. Es wird darüber hinaus nicht in Gänze die politische Linke betrachtet, sondern eben nur der Linksextremismus als dessen Teilbereich. Und bezogen auf die Differenzierung einer antisemitischen und nicht-antisemitischen Israelfeindlichkeit sei bereits hier klargestellt: Auch ohne Antisemitismus ist Israelfeindlichkeit ein Problem, gehen damit doch bedenkliche Parteinahmen und problematische Zerrbilder einher.

Arbeitsbegriffe: Antisemitismus, Israelfeindlichkeit, Linksextremismus

Die für die vorliegende Abhandlung bedeutsamen Arbeitsbegriffe sollen zunächst eine nähere Definition erfahren, um inhaltliche Fehlwahrnehmungen des Gemeinten bei den folgenden Überlegungen zu vermeiden. „Antisemitismus“ steht dabei am Beginn: Es geht um eine Feindschaft gegen Juden als Juden; das angeblich oder tatsächliche „Jüdische“ bildet dabei das inhaltliche Motiv für entsprechende Ressentiments und Zerrbilder. Antisemitismus kann sich in erklärter offener Form artikulieren, etwa wenn alle Juden als per se negativ geltende Personen beschrieben werden. Antisemitismus artikuliert sich aber auch in Assoziationen, Begriffswahl, Codes oder Narrativen, die zunächst nicht als judenfeindliche Optionen erscheinen. Dafür stehen etwa diskursive Bilder von Geld und Juden in einem abwertenden Sinne. Darüber hinaus gibt es diverse ideologische Erscheinungsformen, die von einer religiösen über eine sozialökonomische und politische bis hin zu einer rassistischen Prägung reichen. Gleiches gilt

für unterschiedliche Handlungsformen; von Einstellungen über Herabwürdigungen und Hetze bis zur Vernichtungsgewalt.

Als eine besondere Ideologieform darf die „Israelfeindlichkeit“ gelten, wobei es zunächst um die Differenzierung von „Feindschaft“ und „Kritik“ gehen soll. Einwände gegen die israelische Politik müssen nicht immer mit diesem Terminus belegt werden. Es kommt bei den Ausführungen auf das Differenzierungsvermögen und die Sachlichkeit an. Erfolgt aber eine pauschale Diffamierung von Israel mit unhaltbaren Verallgemeinerungen, die sich etwa in einer „Apartheid“- oder „Genozid“-Gleichsetzung gegenüber dem jüdischen Staat artikulieren, so fehlt es einer derartigen Sichtweise an einer differenzierten Wahrnehmung. Israel erscheint allein für den Nahost-Konflikt verantwortlich zu sein, andere Akteure werden nicht in die Betrachtung einbezogen. Eine derartige Israelfeindlichkeit mag, muss aber nicht eine antisemitische Prägung aufweisen. Sie kann auch die eindimensionale Blickrichtung einer primär „antiimperialistische Einstellung“ bedeuten und von einer gegenüber den Palästinensern beschworenen Solidarität motiviert sein. In einem solchen Fall lässt sich nicht pauschal von antisemitischer Israelfeindlichkeit sprechen.¹

Und schließlich soll es als dritten Arbeitsbegriff noch um „Linksextremismus“ gehen. Die Bezeichnung weist zwei Elemente auf: „Extremismus“ meint zunächst Handlungen und Positionen, welche sich gegen die Basiswerte moderner Demokratie und offener Gesellschaft wenden, also etwa gegen Demokratieprinzip, Menschenrechte, Pluralismus oder Rechtsstaatlichkeit. Bei der damit einhergehenden Ablehnung kann es unterschiedliche ideologische Grundprinzipien geben: die Ethnie ist es etwa bei Rechtsextremisten, bei Islamisten wäre es die Religion. Demgegenüber bildet die Gleichheit den Grundwert für Linksextremisten. Diese können wiederum in Anarchisten, die eine direkte Auflösung der Institution des Staates anstreben, und Marxisten, welche eine sozialistische Diktatur nach einer gewalttätigen Revolution herbeisehen, unterschieden werden (Pfahl-Traughber 2020: 15-42). Diese Definitionen haben auch Konsequenzen für die vorliegende Untersuchung: Es geht darin nicht um alle Antisemitismusformen, sondern nur um den israelfeindlichen Antisemitismus, und es geht auch nicht um alle Linken, sondern nur um die gemeinten Linksextremisten.

1 Daher plädiert der Autor für eine Differenzierung von Kategorien, die sich in folgendem Aufsatztitel finden (siehe etwa Pfahl-Traughber 2015).

Inhaltliche Ansatzpunkte bei Antisemitismus und Linksextremismus

Dazu muss zunächst einmal eine Besonderheit bei dieser politischen Strömung konstatiert werden, gibt es doch eigentlich keine Anknüpfungspunkte dafür in deren Ideologie. Meist erfolgt gegenüber dem Antisemitismus eine pauschale Distanzierung von Linksextremisten, gilt die gemeinte Auffassung doch als eine von politischen Gegnern, wie insbesondere den Rechtsextremisten. Denn Antisemitismus findet sich theoretisch in der Ideologie von Linksextremisten nicht, ist doch ebendort die ethnische oder religiöse Identität von Menschen gegenüber deren sozioökonomischen Status nicht von Wichtigkeit. Demgegenüber gibt es durchaus Anknüpfungspunkte in der islamistischen und rechtsextremistischen Ideologie, einmal bezogen auf die religiös bedingten Merkmale und einmal hinsichtlich der ethnischen orientierten Prioritätensetzung. Anders formuliert: Dort lässt sich der Antisemitismus direkt aus der jeweiligen Ideologie ableiten; man distanziert sich meist gar nicht offensiv von den Einstellungen der Judenfeindschaft im eigenen politischen Lager. Diese Besonderheit hat für die folgenden Erörterungen auch inhaltliche Konsequenzen.

Dabei ist von einem „Antisemitismus unter Linken“, nicht aber von einem „linken Antisemitismus“ die Rede. Wenn aber aus der Ideologie die gemeinte Judenfeindlichkeit nicht abgeleitet werden kann, dann muss es dafür andere Gründe im Linksextremismus geben. Blickt man diesbezüglich auf deren ideologische „Klassiker“ und ihre Schriften, so lässt sich immer wieder die Existenz von judenfeindlichen Klischees nachweisen. Dies gilt bereits für die Frühsozialisten noch vor Karl Marx, ging deren Kapitalismuskritik doch immer wieder mit derartigen Ressentiments einher. Ähnlich verhielt es sich bereits bei Marx in seinen frühen Schriften selbst, assoziierte er dort doch „Juden“ und „Schacher“. In persönlichen Briefen bediente Marx sich gar rassistischer Stereotype. Noch stärker ausgeprägt waren derartige Auffassungen bei Michael Bakunin, dem Begründer des modernen Anarchismus. Er ließ in Artikeln und Büchern antisemitischen Inhalten freien Lauf. Indessen muss zu diesen „Klassikern“ konstatiert werden, dass aus den Einstellungen keine Forderungen abgeleitet wurden, etwa zur Diskriminierung von Juden oder gar ihrer Verfolgung (Brumlik 2014; grundlegend Silberner 1962).

Offenbar akzeptierten die gemeinten „Klassiker“ gesellschaftlich kursierende Ressentiments, ohne sie hinsichtlich ihrer Angemessenheit einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Gleichwohl flossen diese Auffassungen mehr oder weniger stark in deren Publikationen ein, bei Bakunin mehr,

bei Marx weniger. Inhaltlicher Anknüpfungspunkt war dabei meist die Kapitalismuskritik, die sich eigentlich auf die ökonomische Struktur und nicht ein personelles Wirken beziehen sollte. Gelegentlich brachen bei den gemeinten Autoren aber immer wieder die Vorurteile der Zeit durch. Auch in der Gegenwart lassen sich bezogen auf diesen Kontext im Linksextremismus derartige Ressentiments und Vorurteile ausmachen. Eine noch stärkere Ausprägung offenbart sich insbesondere in Kommentaren zum Nahost-Konflikt, wobei hinter der artikulierten Israelfeindlichkeit mitunter antisemitische Konsequenzen und Stereotype auszumachen sind. Die folgende Analyse konzentriert sich auf diese Gesichtspunkte bei den Positionierungen, ohne das Bestehen anderer judenfeindlicher Einstellungen auch im Linksextremismus leugnen zu wollen.

Die Bedeutung des Jahres 1967 als historisch-politische Scheidelinie

Außerdem geht es in der Abhandlung um den deutschen Linksextremismus nach 1967, gilt doch dieses Jahr als eine historisch-politische Scheidelinie. Denn es existiert dazu die Annahme, dass keine „Linke“ davor so israel-freundlich und danach so israel-feindlich wie die deutschen Repräsentanten gewesen seien (Kloke 2007). Dieser Aussage kann durchaus zugestimmt werden, indessen nicht bezogen auf den Antisemitismus. Wie aus den vorstehenden Ausführungen etwa zu den Klassikern bereits hervorging, konnte man dort immer wieder Antisemitismus als Einstellungen konstatieren. Gleichwohl spielten einschlägige Auffassungen keine bedeutsame Rolle im politischen Selbstverständnis. Umgekehrt kam daher auch dem Engagement für die jüdische Minderheit kein hoher Stellenwert zu, war dies angesichts der Fixierung auf den Klassenkampf doch nicht breiter relevant. Eine bei der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) auszumachende geringe Sensibilität erklärt auch, warum man in Bekundungen und Presseartikeln antisemitische Stereotype aufgriff und forcierte – zumindest lässt sich dies für die Weimarer Republik gut belegen (Kistenmacher 2007: 2016).

Nach der Gründung von Israel gab es zunächst gar größere Sympathien, was sich aus zwei Motiven erklärt: Die entstandenen Kibbuzim galten als ein sozialistisches Projekt und die Sowjetunion akzeptierte den jungen Staat. Insbesondere die KPD orientierte sich an den auch hier aus Moskau kommenden Vorgaben. Angesichts der anschließenden Entwicklungen erfolgte dann aber ein Umschwenken, was mit den engen Beziehungen

zwischen Israel und den USA zusammenhing. Israel wurde ab den 1950er Jahren immer mehr als imperialistischer Vorhof wahrgenommen, schlug man den Staat doch dem kapitalistischen Westen zu (Kloke 1990). Zugleich kam es gegenüber Ägypten zu engeren Kontakten, sprach doch der dortige Präsident Gamal Abdel Nasser von einem „arabischen Sozialismus“. Und so sympathisierten die Anhänger der mittlerweile verbotenen KPD mit der ägyptischen Regierung, während man gegenüber Israel ein feindliches Verhältnis entwickelte. Insofern gab es bereits vor 1967 einen Meinungsumschwung, der dann in der 1968er Bewegung ihren Niederschlag fand und zu dem erwähnten israelfeindlichen Wandel führte.

Als formaler Bezugspunkt dafür diente der „Sechstagekrieg“ von 1967, wobei in der Kommentierung von Linksextremisten eine Täter-Opfer-Umkehr auszumachen war. Bekanntlich hatte Ägypten an der Grenze zu Israel seine Truppen aufmarschieren lassen, ein angedrohter Angriffskrieg gegen den jüdischen Staat stand unmittelbar bevor. Dem kam Israel durch einen Präventivschlag zuvor, der zu einer militärischen Niederlage der arabischen Staaten führte. Erneut war das kriegserische Bemühen gescheitert, den jüdischen Staat zu vernichten. Israel erwies sich als stolzer militärischer Sieger. Genau dies löste nicht nur bei linksextremistischen Akteuren der 1968er Bewegung in dieser Frage einen grundlegenden Meinungsumschwung aus. Folgende Erklärung des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ veranschaulicht dies auch in der entsprechenden Wortwahl: „Der Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn kann nur auf dem Hintergrund des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker gegen die Unterdrückung durch den angloamerikanischen Imperialismus analysiert werden.“²

Auffassungen und Handlungen bei kommunistischen Kleinparteien

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), die 1968 gegründet wurde, stellte indirekt eine Fortsetzung der KPD dar. In ihrer „Blütezeit“ der 1970er und 1980er Jahre handelte es sich bei ihr um kaum mehr als ein Instrument der SED-Diktatur. Die Abhängigkeit von der DDR zeigte sich bei der DKP auch in der Frage, wie die politische Entwicklung im Nah-

2 Der Konflikt im Nahen Osten. Dem SDS von der 22. DK als Material überwiesen, in: SDS-BV (Hg.), Die XXII. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS. Resolutionen und Beschlüsse, 48-54, hier 48, zit. nach Kloke (1990): 77.

ost-Konflikt eingeschätzt werden sollte. Man positionierte sich gegen das als „imperialistisch“ geltende Israel und unterstützte dessen Feinde in den arabischen Ländern. Diese Grundauffassung vertritt die heute um die 3.000 Mitglieder verfügende Partei weiterhin. Die DKP orientiert sich dabei an der „Kommunistischen Partei Israels“, die aber politisch völlig unbedeutend ist. Man formuliert zwar gegenüber der israelischen Regierung übertriebene Vorwürfe, diese scheinen indessen keine antisemitische Grundlage zu haben. Während der israelischen Armee ein „barbarisches Morden“ und „Massaker an der Zivilbevölkerung“³ zugeschrieben werden, ist der islamistische Terrorismus indessen kaum ein Thema.

Ähnliche Auffassungen fanden sich in den meist maoistisch, teilweise auch stalinistisch geprägten K-Gruppen der 1970er und 1980er Jahre. Auch sie positionierten sich bei ihrer politischen Einstellung auf der arabischen bzw. palästinensischen Seite, sah man dort doch Bündnispartner im Kampf gegen den „Imperialismus“ und den „Kapitalismus“. Israel galt demgegenüber als „Marionette“ der USA oder „Vorposten“ des Westens. Diese Grundauffassung nahm noch extremere Formen an, wurde doch die Existenz und Legitimation des jüdischen Staates negiert. Kaum verhüllte Anklänge an antisemitische Diskurse fanden sich bei den K-Gruppen in einschlägigen Publikationen. Da war vom „parasitären Charakter“ oder von „zionistischen Multimillionären“ die Rede. Deutlich sprach man von einer „blutrünstigen und machtgierigen Bastion gegen die Völker“ und forderte offen die „Zerschlagung des zionistischen Gebildes“ (Broder 1976). Hier artikulierten sich nationalistische Ideologiefragmente, die gar mit einer völkischen Wortwahl einhergingen.

Und schließlich sei noch ein Blick auf die „Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) geworfen. Sie entstand 1982 aus der K-Gruppen-Szene, weist eine pro-maoistische und pro-stalinistische Prägung auf, verfügt heute um die 3.000 Mitglieder und erlangt meist nicht mehr als 0,1 Prozent der Stimmen bei überregionalen Wahlen. Vom Antisemitismus distanziert man sich mit einer eindeutigen Erklärung, wobei aber eine Berufung auf Stalin erfolgt.⁴ Bekanntlich hatte er selbst eine antisemitische

3 So die Bundeswahlkonferenz der DKP in einer Stellungnahme, die sich auf das militärische Agieren im Gaza-Streifen im Dezember 2008 bezog, vgl. Resolution der Bundeswahlkonferenz der DKP (2009): Sofortiger Waffenstillstand und Gewaltverzicht! (10. Januar), in: www.dkp-darmstadt.de (abgerufen am 2. Juli 2024).

4 Vgl. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (Hg.): „Antideutsche“ – links blin-ken, scharf rechts abbiegen ..., Gelsenkirchen 2018, online unter: www.mlpd.de (abgerufen am 2. Juni 2024), 20. Linke „Antideutsche“ werden in dieser Broschüre als

Einstellung und ließ Juden verfolgen. Aufgrund ihres dogmatischen Gebarens ist die MLPD in Protestbewegungen unbeliebt, was etwa „Fridays for Future“ Dortmund zu einer Stellungnahme veranlasste. Darin wird die Ansicht vertreten, die MLPD propagiere „antisemitische Verschwörungstheorien“⁵. Eindeutige Bekundungen in diesem Sinne findet man indessen nicht. Es gibt aber auffällige Formulierungen im Parteiprogramm, wo vom „internationalen Finanzkapital“⁶ die Rede ist, was an das „internationale jüdische Finanzkapital“ in der NS-Wortwahl erinnert.

Auffassungen und Handlungen bei den Linksterroristen

Antisemitismus lässt sich auch im Diskurs und bei Gewalttaten des deutschen Linksterrorismus nachweisen (Kraushaar 2006). Bereits zu Beginn kam es zu einem gravierenden Ereignis: dem in Berlin geplanten Bombenanschlag auf das Jüdische Gemeindehaus am 9. November 1969, wo eine Erinnerungsveranstaltung an die „Reichskristallnacht“ 1938 stattfinden sollte. Eine Bombe fand sich im Keller, ihre Explosion hätte zahlreiche Menschenleben gekostet. Nur ein technischer Defekt verhinderte damit letztendlich ein Massaker, wobei insbesondere Holocaust-Überlebende die Opfer gewesen wären. Die linksterroristische Gruppe „Tupamaros Westberlin“ bekannte sich später zu diesem Vorhaben, habe man damit doch gegen Israels Palästinenserpolitik ein Zeichen setzen wollen. Ein „Judenknax“ beschränke sonstige Kritik daran (Kraushaar 2005).⁷ Dieser Anschlägsplan wies auch darüber hinaus eine antisemitische Dimension auf. Denn die Berliner Juden wurden für den Staat Israel verantwortlich gemacht, womit objektiv das Bild von der Existenz eines „Weltjudentums“ vorhanden war.

politische Instrumente des israelischen Mossad hingestellt, vgl. S. 28 f. Belege werden im MLPD-Text nicht genannt.

- 5 Fridays for Future Dortmund (2019): Klimagerechtigkeitsbewegung: Ganz klar gegen jeden Antisemitismus auf der Welt!, dokumentiert in: Fridays for Future (2019): „Die MLPD bedient sich Verschwörungstheorien“ (8. Oktober), in: www.ruhrbarone.de (abgerufen am 22. Juni 2024).
- 6 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (Hg.) (2016): Programm der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, Gelsenkirchen, 27f. und 59. Bei rechtsextremistischen Antisemiten steht die Formulierung meist als antijüdisches Synonym für „internationales jüdisches Finanzkapital“. Eine marxistische Auffassung richtet sich nicht nur gegen das Finanzkapital, sondern generell gegen den Kapitalismus.
- 7 In folgendem Bekennerschreiben fand sich die Formulierung „Judenknax“: Schwarze Ratten TW, SCHALOM + NAPALM, in: Agit 883, Nr. 40 vom 13. November 1969.

Gleichwohl artikuliert ein Bekennerschreiber später solche Einstellungen und Positionen nicht.

Die bundesdeutschen Akteure des Linksterrorismus hatten auch keine Probleme, mit antisemitisch geprägten palästinensischen Terroristen zu kooperieren oder sie zu legitimieren. Der Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft 1972 wurde etwa von der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) gutgeheißen. Ende des gleichen Jahres sagte Ulrike Meinhof in einem Prozess als Zeugin aus. Dabei nahm sie folgende Deutung des Holocaust vor: „Auschwitz heißt, dass sechs Millionen Juden ermordet und auf die Müllkippen Europas gekarrt wurden als das, was man sie ausgab – als Geldjuden.“ Außerdem bemerkte sie: „Der Antisemitismus war seinem Wesen nach antikapitalistisch. Mit der Vernichtung von sechs Millionen Juden wurde die Sehnsucht der Deutschen nach Freiheit von Geld und Ausbeutung selbst mit ermordet!“⁸ Zwar erfolgte hier keine Leugnung der antisemitischen Massenmorde, gleichwohl reproduzierten solche Aussagen die sozioökonomische Form der Judenfeindschaft. Der Antisemitismus gilt in einer solchen Deutung gar als eigentliche Kapitalismuskritik, womit es sich objektiv um eine Aufwertung des Gemeinten handelte.

Und dann kann noch auf ein in einem bestimmten Detail aber nicht geklärtes Ereignis verwiesen werden: Es geht um die 1976 erfolgte Entführung eines französischen Passagierflugzeuges, das in Entebbe in Uganda landen musste. Verantwortlich dafür war ein „Kommando Che Guevara“, bestehend aus Angehörigen der deutschen „Revolutionären Zellen“ (RZ) und der „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP). Damit beabsichtigte man die Freipressung von inhaftierten Gewalttätern in unterschiedlichen Ländern. Es kam zu Gesprächen mit der israelischen Regierung, die aber später den erfolgreichen Auftrag zur militärischen Befreiung der Passagiere gab. Zuvor wurden einige der Geiseln in Gruppen freigelassen, wobei die Entführer eine Unterscheidung vornahmen. Bis heute steht auch in der Forschung nicht genau fest, ob israelische und nicht-israelische oder jüdische und nicht-jüdische Passagiere getrennt wurden (Selmaier/Anders 2013; Vowinkel 2004). Später bekundeten ehemalige Aktivisten der RZ indessen, es habe sich um eine antisemitische Tat gehandelt: „... da kommen

8 Zit. nach: Peter-Jochen Winters (1972): Ulrike Meinhof läßt sich nur die Stichworte geben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Dezember; Rote Hilfe West-Berlin (Hg.) (1973): Reden und Mitschriften aus dem Mahler-Prozeß, Berlin, 141.

Antizionismus und Antisemitismus zusammen“ und: „Die ganze Aktion war antisemitisch.“⁹

Auffassungen und Handlungen der Autonomen-Szene

Auch für die Autonomen-Szene bestehen hinsichtlich der Einschätzung durchaus gewisse Schwierigkeiten, was allerdings nicht für die allgemeine Feststellung einer mehrheitlich israelfeindlichen Position gilt. Indessen stellt sich die Frage, inwieweit hierbei von einer antisemitischen Haltung auszugehen ist. Als bekanntes Beispiel für eine diesbezügliche Erörterung dient hier eine große Hausinschrift, die sich in der Hamburger Hafenstraße in den 1980er Jahre fand: „Boykottiert ‚Israel‘- Waren, Kibbuzim + Strände. Palästina – das Volk wird dich befreien ...“¹⁰ Einige Aspekte könnten für einen antisemitischen Hintergrund sprechen: Mit den Anführungszeichen wurde das Existenzrecht Israels in Zweifel gezogen; der Boykottaufruf erinnerte an NS-Parolen; und nationalistische Auffassungen offenbarten sich bei der Berufung auf „das Volk“. Gleichwohl scheint eher ein dualistischer und eindimensionaler „Antiimperialismus“ den ideologischen Hintergrund zu bilden, denn eine dezidierte Frontstellung gegen „die Juden“ lässt sich nicht zweifelsfrei belegen.

Dies sahen indessen die „Antideutschen“ unter den Autonomen anders, denn sie nahmen bezogen auf den Nahost-Konflikt eine pro-israelische Position ein. Bekanntlich entstand diese Ausrichtung zu Beginn der 1990er Jahre, kursierte damals doch die Furcht vor einem neuen „Vierten Reich“. Daher orientierten sich die „Antideutschen“ an den Opfern des NS-Staates und deren Nachkommen, sprich dem Staat Israel. Dessen islamistische und nationalistische Gegner galten ihnen als die gegenwärtigen faschistischen und judenfeindlichen Protagonisten, Diese Auffassung führte dann zu heftigen Konflikten, die zwischen den proisraelischen „Antideutschen“ und den propalästinensischen „Antiimperialisten“ aufkamen und sich über diese Frage auch als politisches Kollektiv phasenweise spalteten. Die Ersteren warfen dann der Mehrheit vor, sie würden selbst judenfeindliche

9 Einige Unsichtbare (Hg.) (2022): Herzschräge. Gespräch mit Ex-Militanten der Revolutionären Zellen, Berlin, 59f. Vgl. Armin Pfahl-Traugher (2022): „Die ganze Aktion war antisemitisch“. Ehemalige äußern sich auch zu Entebbe (16. Juni), in: www.hagalil.com (abgerufen am 2. Juni 2024).

10 Eine Abbildung mit diesem Spruch, der mit „Revolution bis zum Sieg“ endet, findet sich in Neidhardt/Bischof 2000: 183.

Positionen vertreten. Indessen propagierten die „Antideutschen“ ein so weites Antisemitismus-Verständnis, dass sie Abweichungen von ihrer Israel-solidarität als jüdenfeindliche Prägungen verurteilten. Eine antisemitische Ausrichtung der Israelfeindlichkeit wurde dabei häufig nicht belegt.

Ein länger zurückliegendes Ereignis in Hamburg veranschaulicht den sceneinternen Konflikt: Dabei wollte 2009 eine „antideutsche“ Gruppe den Film „Warum Israel“ in einem Szenekino zeigen. Aufgrund dessen pro-israelischer Ausrichtung blockierten „antiimperialistische“ Autonome die Eingänge, um die Filmvorführung zu verhindern. Auf Flugblättern wurde Israel „als rassistisches Projekt“ bezeichnet, welches die „heutige Kolonialkultur“ gegen die Palästinenser aufrechterhalten wolle. Bei der Aktion sei auch „Ihr Judenschweine“ gerufen worden, was aber die Blockierer in einer Stellungnahme abstritten.¹¹ Die „Antiimperialisten“ hatten hier offenkundig die Meinungsfreiheit einschränken wollen, sollte doch eine von ihnen nicht geteilte Auffassung nicht durch eine Filmvorführung öffentlich verbreitet werden. Indessen stellt sich die Frage, ob die geschilderten Aktivitäten als antisemitisch motiviert gelten können. Für den Ausruf gab es keine Belege, er müsste auch bei einer Artikulation nicht von allen Autonomen geteilt worden sein. Die Aktivitäten dokumentierten indessen eine pauschale Israelfeindlichkeit, die der Mehrheit der Szene durchaus eigen ist.

Auffassungen und Handlungen zu dem gegenwärtigen Konflikt

Auf den einleitend erwähnten Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 reagierten auch die marxistisch-leninistisch orientierten Kleinparteien, was zunächst anhand der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) und deren offiziellem Statement „Kriminelle Besatzungspolitik ist Ursache – eine politische Lösung ist notwendig“ thematisiert werden soll. Die Akteure der Hamas wurden darin als „palästinensische bewaffnete Kräfte“ bezeichnet, welche auch „Opfer unter der Zivilbevölkerung“ zu verantworten hätten. Die gemeinte „Offensive“ sei aber „eine unmittelbare Folge jahrzehntelanger aggressiver Unterdrückung Israels“. Diesbezüglich war von einer „Kolonial- und Apartheidpolitik“ die Rede. Deren Kritiker würden „mit

11 Vgl. Sebastian Hammelehle (2009): Regisseur Lanzmann „schockiert“ über Krawalle bei Israel-Film Spiegel online, 19. November; Doris Akrap (2009): Wie halten wir's mit Israel, Genossen? Linker Antisemitismus (9. Dezember), in: www.taz.de (abgerufen jeweils am 2. Juni 2024).

dem Antisemitismus-Vorwurf mundtot gemacht“. Demgegenüber liege die „Verantwortung für die Eskalation ... bei der rechtsextremen israelischen Regierung“. Die DKP sei hier solidarisch mit dem Kampf des palästinensischen Volkes.¹² Auffällig in dieser Erklärung ist neben der Kontinuität der Positionierung, dass die islamistische Hamas und ihr brutales Massaker keine wirklichen Themen sind.

Diese Einschätzung formulierte ebenso die „Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD), die aufgrund ihres rigiden Dogmatismus auch im Linksextremismus isoliert ist. Gleichwohl veröffentlichte man ein Statement mit dem Titel: „DKP verliert kein Wort über den Überfall und das Massaker durch die Hamas“, womit auch eine klare Distanzierung von der islamistische Organisation und ihrer Verbrechen vorgenommen wurde. Es war gar von „der faschistischen Hamas“ die Rede, welche 900 Menschen getötet habe, die „teils brutal massakriert wurden“. Durchaus berechtigt wurde gegenüber der DKP eine fehlende Positionierung beklagt, weder zum „reaktionären Charakter der Hamas“ noch zu dem „grausamen Massaker an überwiegend jungen Leuten“. Im Gaza-Streifen regiere die „islamistisch-faschistische Organisation“ mit „Unterdrückung“, Israel werde ein „Existenzrecht als Staat“ abgesprochen.¹³ Auch bei den anderen Ausführungen finden sich vehemente Einwände gegen die Hamas und die Hisbollah, wozu die DKP, aber auch andere Linksextremisten eher mit Relativierungen oder Schweigen reagierten.

In einem damit einhergehenden Dilemma stehen auch aktivistische Kleingruppen, die sich einerseits gegen eine israelische „Besatzungspolitik“ wenden, andererseits aber die „reaktionären“ Islamisten nicht verteidigen wollen. So heißt es beim „Kommunistischen Aufbau“ in einer Erklärung bezüglich Israels: ein „bewaffneter Kampf gegen dieses rassistische, kolonialistische System ist grundsätzlich legitim“. Gleichwohl meint man auch: „Unsere Solidarität gilt dem palästinensischen Volk, nicht dem Führungsanspruch reaktionärer Kräfte.“¹⁴ Unangenehm wirkt bei derartigen Auffassungen der Linksextremisten, dass auch die von der Hamas ausgehenden

12 DKP-Parteivorstand (2023): Kriminelle Besatzungspolitik ist Ursache – eine politische Lösung ist notwendig (9. Oktober), in: www.dkp.de (abgerufen jeweils am 2. Juni 2024).

13 Gis (2023): DKP verliert kein Wort über den Überfall und das Massaker durch die Hamas (11. Oktober), in: www.rf-news.de (abgerufen jeweils am 2. Juni 2024).

14 Kommunistischer Aufbau, Der Kampf gegen die Israelische Besatzung ist legitim! Friede zwischen den Völkern, Krieg den Imperialisten! Freiheit für Palästina! (9. Oktober 2023), in: www.komaufbau.org (abgerufen jeweils am 2. Juni 2024).

Massaker schwerlich verteidigt werden können. Die Gruppe „perspektive Kommunismus“ meint: „Es gibt keinen Grund, die Kriegsverbrechen der Hamas zu legitimieren, und es gibt keinen Grund, das anhaltende Massaker des israelischen Staates zu rechtfertigen!“ Man sieht sich aber auch gegenüber den Erstgenannten zu einer Klarstellung motiviert: „Gegen jeden Antisemitismus und religiösen Fundamentalismus ...“¹⁵, damit will sich die Gruppe demnach nicht gemein machen.

Israelfeindliche Forderungen anlässlich eines „Palästina-Kongresses“

Ein Beispiel für die latent antisemitische Dimension im israelfeindlichen Linksextremismus kann in einem beabsichtigten „Palästina-Kongress“ gesehen werden, welchen in Berlin vom 12. bis 14. April 2024 einschlägige Gruppierungen durchführen wollten. Dabei wirkte bereits die Ankündigung auch aus anderen Gründen dubios, sollten doch bestimmte Prominente dort referieren. So wurden etwa Jeremy Corbyn, der ehemalige Labour-Vorsitzende, und Greta Thunberg, die bekannte Klima-Aktivistin, genannt. Beide waren durch israelfeindliche Auffassungen bereits öffentlich aufgefallen und entsprechend einer Kritik ausgesetzt gewesen. Gleichwohl schienen sie nicht ernsthaft einen solchen Auftritt in Berlin geplant zu haben. Eine Ausnahme war offenbar der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis, der früher zeitweise als Ikone der globalisierungskritischen Linken galt. Er schien ernsthaft bei diesem Event als Referent auftreten zu wollen. Zumindest gab es von ihm derartige Äußerungen laut entsprechender Medienberichte.¹⁶

Die benannte Ausrichtung der Konferenz leitet sich aus zwei unterschiedlichen Punkten ab: den einschlägigen Aussagen in einer Erklärung und den Hintergründen angekündigter Referenten. In der „Resolution des Palästina Kongress 2024“ hieß es: „Durchsetzung des Rückkehrrechts der palästinensischen Geflüchteten sowie Ende des seit über 76 Jahren andauernden zionistischen Siedlerkolonialismus und ethnischer Säuberung des

15 Perspektive Kommunismus (2023), Ohne Freiheit für Palästina, ist Frieden nicht möglich! (19. Oktober), in: www.perspektive-kommunismus.org (abgerufen jeweils am 2. Juni 2024).

16 Vgl. Sebastian Leber, Kongress der Terrorverharmloser in Berlin (15. März 2024), in: www.tagesspiegel.de; Silvia Stieneker (2024): Kongress der Israelhasser (28. März), in: www.jungle.world.de (abgerufen jeweils am 2. Juni 2024).

gesamten besetzten Palästinas.“¹⁷ Diese Aussage bezog sich auf die Existenz des israelischen Staates, der bekanntlich 1948 vor 76 Jahren gegründet wurde. Es ging demnach nicht um die aktuelle Kriegsführung der israelischen Regierung, aber auch nicht um eine wie auch immer gemeinte Besatzungs- und Siedlungspolitik. Die zitierte Ausrichtung liefe objektiv auf antisemitische Wirkungen hinaus. Und der angekündigte Referent Salman Abu Sitta hatte zuvor öffentlich verkündet, er bewundere die „Courage“ beim Hamas-Massaker, sei doch „heldenhaft“ das Land durch diese mörderischen Taten verteidigt worden.

Den Einladern können derartige Positionen direkt oder indirekt zugeschrieben werden, sie gehen dabei weit über eine bloße Kritik der israelischen Politik hinaus. Aufgerufen hatten u.a. folgende beiden linksextremistischen Gruppen zum erwähnten Kongress: einmal die „ArbeiterInnenmacht“, der deutsche Ableger der trotzkistischen „fünften Internationale“, und einmal die „Revolutionäre Linke“, die zuvor für eine linke Bündnisbereitschaft mit Islamisten geworben hatte. Es handelt sich hier aber um politische Akteure, die auch im Linksextremismus selbst isoliert sind. Insofern können deren Auffassungen nicht pauschal diesem Spektrum zugerechnet werden, es mangelte aber dort auch an einer klaren Distanzierung von derartigen Positionen. Demgegenüber kam es zu einem breiten Bündnis außerhalb dieses Kontextes, das gegenüber dem Kongress ein Verbot einforderte. Zunächst war mangels einer rechtlichen Grundlage dafür eine solche Maßnahme nicht möglich, erst nach den Ausführungen des erwähnten Publizisten Sitta kam es dann doch dazu.¹⁸

Antisemitismus bezogen auf die BDS-Kampagne zum Israel-Boycott

Und dann soll als letztes Beispiel auf die BDS-Kampagne zum Israel-Boycott eingegangen werden (vgl. ausführlicher Pfahl-Traugher 2023). Zunächst bedarf es aber einer kurzen Erläuterung zum Gemeinten: BDS steht für „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“. Es handelt sich um eine internationale Bewegung gegen die israelische Regierungspolitik, die in den besetzten Gebieten gegen die Palästinenser umgesetzt wird. Dabei ist von

17 Resolution des Palästina Kongress (2024): 14. April, Berlin, in: www.palaestinakongress.de (abgerufen jeweils am 2. Juni 2024).

18 Vgl. Leon Holy (2023): An der Seite von Islamisten (24. November), in: www.taz.de; Ohne Autor (2024): Polizei beendet umstrittenen „Palästina-Kongress“ in Berlin (12. April), in: www.rbb24.de (abgerufen jeweils am 2. Juni 2024).

„Kolonisierung“ und „Okkupation“, aber auch von „Apartheid“ und „Rassismus“ die Rede. Die Auffassungen zu BDS sind polarisiert und schwanken in der Diskussion zwischen zwei Extrempolen: Die eine Auffassung sieht in BDS eine gewaltfreie Protestbewegung, die andere Deutung sieht in BDS ein antisemitisches Projekt. Ableger entstanden in vielen Ländern, ebenso in Deutschland, wo auch linksextremistische Einzelpersonen und Organisationen aktiv sind. Dazu gehören der DKP-nahe „Deutsche Freidenker Verband“ oder die bereits erwähnte MLPD. Beide stehen bei BDS-Deutschland in einer Liste als politische Unterstützer. Im letztgenannten Fall wäre dies dann auch eine pro-maoistische und pro-stalinistische Kleinpartei.

Bestärken diese politischen Akteure nun ein antisemitisches Vorhaben? Eine Antwort auf diese Frage fällt nicht leicht, da BDS ein komplexes Phänomen ist. Auch jüdische Gruppen zählen etwa zu den Unterstützern. Allgemeinere Aussagen können daher nicht auf jeden Beteiligten übertragen werden. Die Auffassung, wonach für den Boykott eine Kontinuität zur NS-Politik zu sehen ist, überzeugt angesichts der unterschiedlichen Zusammenhänge nicht. Einmal ging es um den Boykott gegenüber einer Minderheit durch einen Staat, einmal geht es um den Boykott gegenüber der Politik eines Staates. Gegründet wurde BDS offiziell 2005 aus der „palästinensischen Zivilgesellschaft“ heraus. Indessen wurde bekannt, dass dazu auch Anhänger islamistischer und nationalistischer Gewaltgruppen unter Tarnbezeichnungen zählten. Andere Gruppen schienen gar nicht existiert zu haben, ließen sich doch deren Geschäftsstellen nicht finden. Derartige Erfahrungen deuten darauf hin, dass eine hintergründige Kampagne ohne offenes Visier initiiert wurde.

Darüber hinaus äußerten führende Aktivisten von BDS mit palästinensischem Hintergrund, sie akzeptierten die Existenz des Staates Israel nicht. Dies legen auch die drei Hauptforderungen nahe: Die Besatzung und Kolonisierung allen besetzten arabischen Landes soll beendet werden, worunter auch das israelische Staatsgebiet selbst gehören könnte. Die deutsche BDS-Erklärung nimmt hier die Einschränkung „des 1967 besetzten arabischen Landes“ vor, was eben in der palästinensischen Erklärung fehlt. Die Forderung nach gleichen Grundrechten für palästinensische Israelis wirkt absurd, besteht doch eine solche rechtliche Gleichstellung im Land. Und die Forderung, für alle Flüchtlinge inklusive ihrer Nachfahren ein Rückkehrrecht umzusetzen, würde einen jüdischen Staat unmöglich machen. Damit laufen BDS-Forderungen auf eine antisemitische Konsequenz hinaus, auch wenn dies auf den ersten Blick auf das Phänomen nicht erkennbar ist (Feuer-

herdt/Markl 2020; Hirsh 2018). Dieser Einsicht verweigern sich aber nicht nur die deutschen Linksextremisten unter den Unterstützern.

Antiimperialismus und Antisemitismus mit inhaltlichen Gemeinsamkeiten

Bei einem bilanzierenden Blick auf die vorstehenden Darstellungen fällt auf, dass Antisemitismus insbesondere als Frontstellung gegen den Imperialismus im Linksextremismus relevant ist. Daher bedarf es einiger Ausführungen darüber, was damit in einem theoretischen Sinne gemeint ist. Vorab sei noch einmal an die allgemeine Einstellung von Linksextremisten erinnert, wonach sie sich formal vom Antisemitismus als eher „rechter“ Ideologie distanzieren. Die besondere Aufmerksamkeit für die Einstellungen von Links- und Rechtsextremisten macht auch deutlich, dass hier in Form und Inhalt durchaus grundlegenden Unterschiede bestehen. Während man meist von einem deutlichen antisemitischen Feindbild bei Rechtsextremisten sprechen kann, distanzieren sich Linksextremisten formal von derartigen Vorurteilen. Gelegentlich kommentieren sie entsprechende Kritik mit „Rufmord“-Vorwürfen. Es gibt auch keine direkten Bezüge auf jüdenfeindliche Statements, geht es doch eher um latente Positionen hinter realen Vorgehensweisen.

Daher bedarf es einer differenzierten Betrachtung, die hier insbesondere auf den linksextremistischen „Antiimperialismus“ bezogen ist. Die damit einhergehende Auffassung bildet einen konstitutiven Bestandteil in dem gemeinten politischen Lager, sie lässt sich aus dem „Antikapitalismus“ als inhaltliche Konsequenz ableiten: Demnach haben die von kapitalistischen Konzernen dominierten westlichen Staaten eine informelle strukturelle Weltherrschaft etabliert, womit sie eigenständige Entwicklungen von unabhängigen Ländern torpedieren wollen. In dem damit einhergehenden Konflikt sehen sich Linksextremisten bei den „Schwachen“ positioniert, während für sie die westlichen Länder auf der Seite der „Starken“ stehen. Überträgt man diese Blickrichtung nun auf den Nahostkonflikt, so wird ebendort eine entsprechende Einordnung vorgenommen: Diese sieht in Israel die „Starken“, während die Palästinenser als die „Schwachen“ gelten. Sie würden von Israel als imperialer Macht unterdrückt, womit sich für Linksextremisten eine anti-israelische Positionierung und pro-palästinensische Solidarisierung ergibt.

Inwieweit diese Einordnung angemessen oder nicht angemessen ist, soll hier kein Thema sein. Es geht hauptsächlich um die Frage, ob damit antise-

mitische Auffassungen einhergehen. Auf den ersten Blick lassen sich solche Inhalte nicht erkennen, soll doch angeblich nicht der jüdische, sondern der repressive Charakter des israelischen Staates kritisiert werden. Und entsprechend der oben vorgenommenen Differenzierung kann es eine antisemitische wie nicht-antisemitische Israelfeindlichkeit geben, wobei der Antiimperialismus für den letztgenannten Fall von großer Relevanz ist. Indessen müssen sich Antiimperialismus und Antisemitismus gar nicht ausschließen, was gerade die hier zu erörternde Frage eben auch zu einer besonderen Problematik macht. Dies zeigt übrigens schon ein von John Atkinson Hobson stammender Klassiker zum Thema von 1902. Das gemeinte einflussreiche Buch „Imperialism. A Study“ enthielt zahlreiche antisemitische Stereotype, wonach jüdische Finanzinteressen die britische Politik steuern würden (vgl. Allett 1987). Dieses Detail veranschaulicht bereits, dass hier kein notwendiger Gegensatz bestehen muss.

Antiimperialismus und Antisemitismus mit strukturellen Gemeinsamkeiten

Denn Antiimperialismus und Antisemitismus weisen durchaus strukturelle Gemeinsamkeiten auf, welche den Einklang beider Frontstellungen bei Linksextremisten erklären können. Daraus ergibt sich aber keine Gleichsetzung der inhaltlich unterschiedlichen Positionen. Gelegentlich wurde auch von einem „strukturellen Antisemitismus“ gesprochen, welcher auf entsprechende Denkungsarten abstellt. Sie bestünden erstens in der Personifizierung gesellschaftlicher Prozesse mit Verschwörungsideologien, zweitens dem Bild von angeblich feststehenden Kollektiven und drittens einem durch den Gut-Böse-Konflikt geprägten Manichäismus (Haury 2002: 25-159). Derartige formale Bestandteile von politischen Einstellungen prägen auch als links verstehbare Positionen, womit für dortige antisemitische Einstellungen ein beachtenswertes analytisches Instrumentarium vorliegt. Gleichwohl muss auch ein argumentativer Einwand dazu erhoben werden: Es handelt sich um formale, nicht um inhaltliche Merkmale. Daher können derartige Auffassungen ohne Bezüge zu einem „jüdischen“ existieren, sie müssten aber nicht für eine antisemitische Position stehen.

Gleichwohl lässt sich für Antiimperialismus und Antisemitismus bezogen auf das zweite und dritte Kriterium davon sprechen, dass in beiden Fällen diese formalen Gemeinsamkeiten auszumachen sind. Dies sei zunächst anhand des Bildes von feststehenden Kollektiven veranschaulicht: Dabei geht es um soziale Gruppen, denen eine allgemeine Homogenität unterstellt

wird. Sie gelten mal jeweils als unschuldige Opfer oder mal jeweils als verantwortliche Täter, wobei von individuellen Ausrichtungen und sonstigen Orientierungen abstrahiert wird. Genau eine solche Denkungsart ist der Israelfeindlichkeit im definierten Sinne eigen: Demnach erklärt sich die ganze Auseinandersetzung im Nahostkonflikt dadurch, dass die Israelis die kolonialisierenden Täter und eben die Palästinenser die unschuldigen Opfer seien. Bei derartigen Auffassungen kommt Differenzierungen keine Relevanz zu. Linksextremisten meinen auch, sich nahezu komplett auf eine Seite schlagen zu müssen. Dabei erfolgen dann keine Einwände mehr etwa gegen die mörderischen Praktiken angeblicher „Schwacher“, gelten diese doch als die objektiv „Guten“.

Dies hängt mit einem vom Gut-Böse-Konflikt geprägten Manichäismus zusammen, welcher in einem polarisierten Bild von beiden Konfliktparteien deutlich wird: Einerseits artikuliert sich das „Böse“ in Israel; hierfür stehen „Apartheid“, „Genozid“, „Kolonialismus“, „Nazi“- oder „Rassismus“-Zuordnungen. Man kann berechtigt von einer „Dämonisierung“ des jüdischen Staates sprechen, gleichwohl muss die zentrale Motivation dafür nicht durch diese spezifische Positionierung geprägt sein. Einen eindimensionalen „Antiimperialismus“ kann es auch ohne antisemitische Prägung geben. Er wäre ohne dieses Merkmal auch nicht weniger problematisch, entsteht so doch ein inhaltliches Zerrbild. Erhöht wird dieser Effekt noch andererseits durch die angeblich „Guten“, womit pauschal die als unschuldigen Opfer geltenden Palästinenser gemeint sind. Dass deren mitunter bewunderter „Kampf“ von brutalem Terrorismus geprägt ist, wird in der Beurteilung ausgeblendet oder bezogen auf die Schuld relativiert. Auch der ausgeprägte Antisemitismus etwa der ebenfalls als die „Guten“ geltenden mörderischen und reaktionären Hamas ist dann kein Thema.

Antisemitismus und Postkolonialismus als Rezeptionskontext

Bevor bilanzierende Bewertungen zu antisemitischen Einflussfaktoren im Linksextremismus vorgenommen werden, soll es noch um Antisemitismus und Postkolonialismus als Rezeptionskontext gehen. Um hierzu keine Fehlwahrnehmungen auszulösen, bedarf es dazu folgender Klarstellung: Die gemeinten Ansätze gelten hier weder allgemein als antisemitisch noch pauschal als linksextremistisch, weisen aber derartige potentielle Deutungsmöglichkeiten auf. Dies veranschaulicht der Blick auf bestimmte Repräsentanten (Chaouat 2024; Elbe 2014), Pauschalisierungen und Verallgemeine-

rungen sind damit indessen nicht verbunden. Zunächst bedarf es dazu einer kurzen Arbeitsdefinition von „Postkolonialismus“, einer keineswegs einheitlichen Denkungsart mit identischen Positionen. Allgemein lassen sich darunter Auffassungen zu gesellschaftlichen Entwicklungen fassen, welche auf die Fernwirkung des historischen Kolonialismus gerichtet sind. Durchaus angemessen wird dabei an die Fortexistenz einschlägiger kritikwürdiger Traditionsbestände erinnert.

Darum geht es aber bei den folgenden Betrachtungen erklärtermaßen nicht, sondern um einen besonderen Deutungskontext. Hierbei überträgt man Aussagen zu der gemeinten „Kolonialität“ auf den Nahostkonflikt, wobei dann Israel als „Kolonialmacht“ gegenüber den Palästinensern erscheint. Pauschale „Apartheid“- oder „Genozid“-Vorwürfe sind damit verbunden. Eine ausgeprägte Dämonisierung mit entsprechender Feindbildoption geht damit einher. Derartige Auffassungen stehen nicht mehr für bloße Kritik, sondern für ausgeprägte Stereotype und einseitige Zerrbilder. Auch diese Ausrichtung muss nicht grundsätzlich antisemitisch sein, sie kann ebenso für eine nicht-antisemitische Israelfeindlichkeit stehen. Es gibt aber in den Aussagen des gemeinten Diskurses jeweils Inhalte, die bezogen auf einen realen Antisemitismus zu einer Relativierung und Verharmlosung führen. So wird darin latente oder manifeste Judenfeindschaft als verwerfliche Position entweder kaum oder gar nicht in die jeweils vorgetragene Wahrnehmung einbezogen.

Antisemitismus bildet in diesem Diskurs entsprechend eine Leerstelle. Die fehlende Aufmerksamkeit bezieht sich auch auf Einstellungen einer arabisch oder islamisch geprägten Judenfeindschaft, welche als bloßer Ausdruck einer postkolonialen Kritik gegenüber einer angeblich imperialen Macht verharmlost wird. Das antisemitische Massaker vom 7. Oktober 2023 gilt dann als „Widerstand“ (Martini/Bittermann 2024; Vukadinovic 2024). Zugleich wird dabei die Besonderheit des Holocaust geleugnet, setzt man ihn doch mit Kolonialverbrechen früherer Zeiten gleich (Diner 2022; Grigat 2023). All diese Bestandteile des postkolonialen Diskurses müssen nicht antisemitisch motiviert sein, was hier ausdrücklich noch einmal gegenüber beabsichtigten oder nicht beabsichtigten Fehldeutungen hervorgehoben werden soll. Dem Antisemitismus werden dadurch aber inhaltliche Einwirkungsmöglichkeiten eröffnet, was sich auch aus der postkolonialen Frontstellung gegen universelle Werte ergibt. Denn die Ablehnung der Aufklärung als westlicher Kolonialidee beraubt einer allgemeinen antirassistischen Kritik letztlich die normativen Wurzeln.

Bilanzierende Bewertungen zu antisemitischen Einflussfaktoren

Abschließend soll noch eine bilanzierende Bewertung zu den antisemitischen Einflussfaktoren vorgenommen werden. Es sei dazu an die Ausgangsthese erinnert, wonach Antisemitismus eigentlich keinen Bezugspunkt in der linksextremistischen Ideologie hat. Gleichwohl kommt Antisemitismus unter Linksextremisten vor. Dessen Entstehung muss andere Gründe als eben die gemeinte Ideologie haben, womit der Blick auf eine durch die Gesellschaft erfolgende Sozialisation fällt. Bekanntlich gibt es nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern verbreitete antisemitische Vorurteile. Sie werden mitunter durch Alltagsprägungen etwa noch im Jugendalter oder der Kindheit vermittelt, womit dann einschlägige Ressentiments oder Stereotype verbunden sind. Da es bezüglich des Antisemitismus im öffentlichen Raum gewisse Sensibilitäten gibt, artikulieren sich derartige Einstellungen mitunter nicht in bewusster Form, sondern verharren in der Latenz privater Vorurteile. Es kann aber bestimmte Gelegenheiten geben, welche zu manifesten Positionierungen führen. Gegenwärtig ist es insbesondere der Nahost-Konflikt.

Dessen Deutung in einem israelfeindlichen Kontext erlaubt es, antisemitische Einstellungen über diesen Umweg verklausuliert öffentlich werden zu lassen. So kann man im angeblichen Engagement für die Menschenrechte von Palästinensern umso ungehinderter gegen den israelischen Staat agitieren. Denn angeblich stehen Linksextremisten damit für die Opfer und die Schwachen ein, während sie Israel als inhumanes und unterdrückerisches System diffamieren können. Hierbei lassen sich häufig Doppel-Standards etwa hinsichtlich von Menschenrechtsverletzungen ausmachen: Während sie bezogen auf Israel lautstark thematisiert werden, schweigt man zu denen der Palästinenser. Demnach sind angebliche oder tatsächliche Einschränkungen nicht die wahren Motive, würde die Empörung sich dann doch gegen alle entsprechenden Parteien richten. Bei der vielfach auszumachenden Einseitigkeit ist insofern nicht der Grundrechtesschutz, sondern die Israelfeindlichkeit das entscheidende Motiv. Einseitigkeit kann hier nicht für Glaubwürdigkeit stehen, Menschenrechten ist nicht zufällig ein Universalismus eigen. Und Antisemitismus bildet dazu einen Gegensatz.

Eine latente Form davon scheint nicht nur deutschen Linksextremisten eigen zu sein. Häufig vermeiden sie offen judenfeindliche Aussagen, da man sich selbst als „antifaschistische“ und „antirassistische“ Aktivisten versteht. Mit einem solchen Bekenntnis ordnen Linksextremisten dann die israelische Politik als eine mit „faschistischer“ oder „rassistischer“ Zielset-

zung ein. Ihre fehlende Glaubwürdigkeit offenbart sich dabei auch an den Kooperationspartnern, denn mit deren Gewaltfixierung hat man keine Probleme. Gelegentlich wird gar von Linksextremisten von einem Recht auf „Widerstand“ gesprochen. Mit dieser Bezeichnung positioniert man sich selbst zugunsten islamistischer Gruppen, die aber nicht die Etablierung einer herrschafts- und klassenlosen Gesellschaft anstreben. Ihnen geht es um die Gründung eines autoritären bis totalitären Systems. Und ein Ausgangspunkt dafür ist gegenüber dem israelischen Staat dessen existentielle Vernichtung. Genau dies meint die Forderung „From the river to the sea“ als Slogan, den Linksextremisten bei „pro-palästinensischen“ Protesten ebenfalls rufen. Antisemitismus wäre eine Folge von deren Umsetzung.

Referenzen

- Allett, John (1987): New Liberalism, Old Prejudices. J. A. Hobson and the „Jewish Question“, in: *Jewish Social Studies*, 49 (2), 99-114.
- Broder, Hendrik M. (1976): Antizionismus – Antisemitismus von links?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* vom 12. Juni, 31-46;
- Brumlik, Micha (2014): Karl Marx: Judenfeind der Gesinnung, nicht der Tat. War Karl Marx Antisemit?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 7 (Juli), 71-81;
- Chaouat, Bruno (2024): Ist Theorie gut für die Juden? Das fatale Erbe französischen Denkens, edition Tiamat: Berlin.
- Diner, Dan u.a. (2022): Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust, C.H. Beck: München.
- Elbe, Ingo (2014): Antisemitismus und postkoloniale Theorie. Der „progressive“ Angriff auf Israel, Judentum und Holocausterinnerung, edition Tiamat: Berlin.
- Feuerherdt, Alex /Florian Markl (2020): Die Israel-Boykottbewegung. Alter Hass in neuem Gewand, Hentrich und Hentrich Verlag: Berlin.
- Grigat, Stephan u.a. (Hg.) (2023): Erinnern als höchste Form des Vergessens? (Um-) Deutungen des Holocaust und der „Historikerstreit 2.0“, Verbrecher-Verlag: Berlin.
- Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburger Edition: Hamburg.
- Hirsh, David (2018): The campaign for an academic boycott of Israel, in: David Hirsh: Contemporary Left Antisemitism, Routledge: Oxon/New York, 95-134.
- Kistenmacher, Olaf (2007): Vom „Judas“ zum „Judenkapital“. Antisemitische Denkformen in der Kommunistischen Partei Deutschlands der Weimarer Republik, 1918–1933, in: Matthias Brosch u.a. (Hg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland, Metropol-Verlag: Berlin, 69-86.
- Kistenmacher, Olaf (2016): Arbeit und „jüdisches Kapital“ – antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung „Die Rote Fahne“ während der Weimarer Republik, Edition Lumière: Bremen.

- Kloke, Martin (1990): Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Haag und Herchen: Frankfurt/Main.
- Kloke, Martin (2007): „Das zionistische Staatsgebilde als Brückenkopf des Imperialismus,“ vor vierzig Jahren wurde die neue deutsche Linke antiisraelisch, in: *Merkur*, Heft Nr. 698/Juni, 487-497.
- Kraushaar, Wolfgang (2005): Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburger edition: Hamburg.
- Kraushaar, Wolfgang (Hg.) (2006): Die RAF und der linke Terrorismus, Hamburger edition: Hamburg.
- Martini, Tania /Klaus Bittermann (Hg.) (2024): Nach dem 7. Oktober. Essays über das genozidale Massaker und seine Folgen, edition Tiamat: Berlin.
- Neidhardt, Irit /Willi Bischof (Hg.) (2000): Wir sind die Guten. Antisemitismus in der radikalen Linken, Un-Rast-Verlag: Münster.
- Pfahl-Traugher, Armin (2015): Antizionistischer Antisemitismus, antiimperialistische Israelfeindlichkeit und menschenrechtliche Israelkritik. Kriterien zur Differenzierung und Einordnung von Positionen im Nahostkonflikt, in: Stefanie Schüler-Springorum (Hg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 24, Metropol-Verlag: Berlin, 293-315.
- Pfahl-Traugher, Armin (2020): Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, 2. Aufl, Springer: Wiesbaden, 15-42.
- Pfahl-Traugher, Armin (2024): Die BDS-Kampagne zum Israel-Boycott. Eine Analyse zu Angemessenheit von Antisemitismus-Vorwürfen, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hg.): Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2022/2023, Verlag für Polizeiwissenschaften: Frankfurt/Main, 273-290.
- Selmaier, Alexander /Freia Anders (2013): „Unternehmen Entebbe 1976“. Quellenkritische Perspektiven auf eine Flugzeugentführung, in: Stefanie Schüler-Springorum (Hg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 22, Berlin, 267-289
- Silberner, Edmund (1962): Sozialisten zur Judenfrage. Ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1914, Colloquium Verlag: Berlin.
- Vowinkel, Annette (2004): Der kurze Weg nach Entebbe oder die Verlängerung der deutschen Geschichte in den Nahen Osten, in: *Zeithistorische Forschungen*, 1 (2), 236-254.
- Vukadinovic, Vojin Sasa (Hg.) (2024): Siebter Oktober Dreiundzwanzig. Antizionismus und Identitätspolitik, Querverlag: Berlin.